

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

## STANDPUNKT

- 2 Politisches Kontrastprogramm in Düsseldorf und Berlin

## WAHLKREIS

- 3 Bürgerbüro Porz: Abgeordnete Dörmann und Ott bilden neue Bürogemeinschaft
- 3 Kölner Einblicke in die Arbeit des Deutschen Bundestages
- 5 Wanderung in der Wahner Heide am 1. August mit Martin Dörmann und Jürgen Schumann

## KÖLN

- 5 Diskussionsveranstaltung der FES mit Matthias Machnig, Thomas Meyer und Martin Dörmann am 7. September: „Wohin geht die SPD?“

## NRW

- 6 Der rot-grüne Koalitionsvertrag
- 6 Die neue rot-grüne Landesregierung

## ENQUETE-KOMMISSION INTERNET

- 7 „Leitlinien für eine moderne Netzpolitik“ Beitrag von Martin Dörmann
- 9 Drei Projektgruppen zu Netzneutralität, Datenschutz und Urheberrecht eingesetzt
- 9 Anhörung: Kommission befragte Experten
- 9 Sonderausgabe der Berlin Depesche
- 9 Jens Zimmer verstärkt das Berliner Büro von Martin Dörmann

## BUNDESTAG

- 10 Bundesversammlung: Christian Wulff neuer Bundespräsident
- 11 Breitbandausbau: Branchenbefragung der SPD-Fraktion und neuer SPD-Gesprächskreis

- 11 Sparpaket der Bundesregierung
- 14 Anmerkungen von Martin Dörmann zum geplanten neuen Rundfunkbeitrag
- 15 NASA-Delegation empfangen
- 16 Grundgesetzänderung ermöglicht Jobcenter-Reform

## SERIE: SOZIALDEMOKRATISCHE KÖPFE

- 17 Vorgestellt: Matthias Machnig

## INFOS UND IMPRESSUM

- 18 Arbeitsschwerpunkte, Sitzungswochen, Büros, Impressum



### Porzer Abgeordnete in Bürogemeinschaft

Der frisch gewählte Landtagsabgeordnete Jochen Ott und Martin Dörmann betreiben nun gemeinsam das Bürgerbüro Porz (Seite 3)

## Leitlinien für eine moderne Netzpolitik

Artikel und Infos zur Enquete ab Seite 7

Homepageausgabe • Redaktionsschluss: 15.7.2010

## Politisches Kontrastprogramm in Düsseldorf und Berlin

### Rot-grüner Aufbruch mit Kraft - schwarz-gelbe Quälerei unter Merkel

Liebe Leserinnen und Leser,

mit der Wahl von **Hannelore Kraft** zur **Ministerpräsidentin** und der Bildung eines **rot-grünen Kabinetts** wird ein neues Kapitel in der Geschichte unseres Landes **NRW** aufgeschlagen. Immerhin: es ist die größte aller denkbaren Minderheitsregierungen. Gerade mal eine Stimme fehlt Rot-Grün zu einer eigenen Mehrheit.

Die **Sondierungsgespräche** mit den anderen drei im Landtag vertretenen Parteien hatten ergeben, dass alle sich aus unterschiedlichen Gründen der Anerkennung von neuen Realitäten im Fünf-Parteien-System verweigerten. Die **Linkspartei** war nicht bereit und in der Lage, Regierungsverantwortung zu übernehmen und auch zu unbequemen – aber finanziell notwendigen – Entscheidungen zu stehen. Die **FDP** konnte sich nicht aus ihrer einseitigen Fixierung auf ihre Klientel und die Union lösen. Und mit der **CDU** war weder inhaltlich noch personell ein Politikwechsel möglich, den die Wählerinnen und Wähler ganz offensichtlich wollten.

So blieb Hannelore Kraft letztlich nur der Weg, das rot-grüne Experiment zu wagen. Sicherlich nicht ohne Risiko – aber eben konsequent. Schließlich geht es ihr nicht nur um einen **Politikwechsel** sondern auch um einen **neuen Politikstil**. Beides verkörpert sie glaubwürdig. Auf dem letzten **SPD-Landesparteitag** lautete denn auch der passende Slogan hinter ihr: „**Mutig – herzlich – gerecht**“. Die Frau ist halt Programm.

Welchen Kontrast zum rot-grünen Aufbruch in NRW bietet dagegen die **schwarz-gelbe Koalition in Berlin** unter Merkel: „**Zaghafte – zerstritten – klientelorientiert**“ könnte der Titel des Dramas lauten, das die Koalitionäre in immer wieder neuen Akten aufführen. Und zwar ganz und gar nicht zum Gefallen des Publikums, sieht man einmal von ein paar Hoteliers ab.

Trotz klarer Mehrheit vermag es diese **Bundesregierung** nicht, als Team zu handeln oder überhaupt gemeinsam positive Ziele zu formulieren, geschweige denn umzusetzen. Alles ist Stückwerk, nach hinten gewandt, dilletantisch aufgeführt. Es rächt sich, dass ein **Koalitionsvertrag** ausgehandelt wurde, der reine **Klientelinteressen** bediente, vieles unkonkret ließ und schon damals **realitätsfern** war, weil er die absehbare Finanzlage ausblendete.



Ein schwarz-gelbes Projekt und Wahlversprechen nach dem anderen wird nun aufgegeben, verwässert, gebrochen. „Mehr Netto vom Brutto“ – der liberale Wahlkampfversprechen ist unvergessen. Was aber sehen wir? Statt eine echte **Gesundheitsreform** auf den Weg zu bringen, werden einseitig die gesetzlich Krankenversicherten zur Kasse gebeten. Und gerade erst im Koalitionsausschuss beschlossen, werden einzelne Teile des gefundenen Gesundheitskompromisses innerhalb der Koalition auch schon wieder kritisiert oder in Frage gestellt. Frei nach dem Motto: wenn ich schon **regierungsunfähig** bin, dann mache ich eben wenigstens selbst die Oppositionsarbeit.

Beim **Sparpaket** hat man erneut bewiesen, welchen geringen Stellenwert soziale Balance und Gerechtigkeit für diese Koalition haben. Es ist zu befürchten, dass die **schwarz-gelbe Quälerei** noch drei Jahre anhält. Diese Regierung hat keine Seele, keine Vision, keinen Kompass – und keine Führung. Die Zahl ihrer „Neustarts“ erinnert fatal an die vielen gescheiterten Versuche von BP, das Öl-Leck im Golf von Mexiko zu schließen. Die Kosten für die Allgemeinheit sind in beiden Fällen noch kaum absehbar.

Im letzten Anlauf schaffte es die Koalition immerhin, **Christian Wulff** bei der **Wahl zum Bundespräsidenten** die notwendige Mehrheit zu verschaffen. Um jedoch gleich anschließend in tagelange interne Diskussionen zu verfallen, wer Merkel in den ersten beiden Wahlgängen wohl abstrafen wollte. Das höchste Staatsamt wird hoffentlich auch das unbeschadet überstehen. Nachdem schon **Horst Köhler** aus einem nicht nachvollziehbaren Grund zurückgetreten war.

Der von Rot-Grün ins Rennen geschickte Kandidat **Joachim Gauck** hat in der Bevölkerung große Unterstützung und Sympathien erfahren. Ein Bild von ihm hat mir besonders gut gefallen: „**Verantwortung ist die Freiheit der Erwachsenen**“.

Es wird Zeit, dass **Merkel und Westerwelle** endlich erwachsen werden. Oder sie sollten uns von sich befreien.

Herzlichst

Ihr

## Bürgerbüro Porz

### Porzer Abgeordnete Dörmann und Ott bilden neue Bürogemeinschaft

Bei der Landtagswahl am 9. Mai wurde **Jochen Ott** im Wahlkreis Porz/Kalk-Ost zum Landtagsabgeordneten gewählt. Der stellvertretende SPD-Landesvorsitzende wird künftig gemeinsam mit **Martin Dörmann** das bislang von diesem alleine geführte Bürgerbüro Porz als Wahlkreisbüro nutzen und unterhalten. Mit der neuen Bürogemeinschaft wird nach fünfjähriger Unterbrechung eine bewährte SPD-Tradition fortgeführt, nach der die gewählten Bundestags- und Landtagsabgeordneten der SPD eine gemeinsame Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger in Porz haben.

Wahlkreismitarbeiterin für Jochen Ott ist **Marion Tillmann**. Sie wird gemeinsam mit dem Mitarbeiterteam von Martin Dörmann im Bürgerbüro Porz präsent sein. Bisher gehören diesem Team **Tim Cremer** (als Büroleiter für Martin Dörmann) und **Assen Kochev** an. In den Sommermonaten werden sie zusätzlich verstärkt von **Esther Frenzel**.

In den nächsten Wochen soll das Büro umorganisiert und renoviert werden. Deshalb wird das Büro in der Ferienzeit zeitweise (vom 19. Juli bis 13. August) geschlossen bleiben. Ansonsten sind die aktuellen Öffnungszeiten im Bürgerbüro Porz: Montag bis Freitag von 10 bis 18 Uhr.

Wie bisher unterhält Martin Dörmann zudem zwei weitere Bürgerbüros in Kalk (in Gemeinschaft mit **Stephan Gatter**) und der Innenstadt (in Gemeinschaft mit den Kölner Bundestagsabgeordneten **Rolf Mützenich** und **Karl Lauterbach**). Öffnungszeiten: siehe letzte Seite.



**Porzer Team**

**Jochen Ott und Martin Dörmann mit ihrem aktuellen Mitarbeiterteam (v.l.): Esther Frenzel, Tim Cremer, Marion Tillmann und Assen Kochev**

## Kölner Einblicke in die Arbeit des Deutschen Bundestages

### Schüler, Betriebsräte und andere Bürger des Wahlkreises zu Gast in Berlin

**Martin Dörmann** hatte in den vergangenen Wochen vielfachen Besuch aus seinem Kölner Wahlkreis in Berlin. Sie bekamen auf unterschiedlichen Wegen Einblick in die Arbeit des Deutschen Bundestages.

#### **Informationsfahrten**

So nahmen rund 100 Personen an zwei mehrtägigen Informationsfahrten in die Bundeshauptstadt teil, die von Bundespresseamt organisiert wurden. Martin Dörmann hatte hierzu insbesondere Bürgerinnen und Bürger eingeladen, die in Vereinen aktiv sind. Dazu gehörten beispielsweise Mitglieder der Opferorganisation „**Weißer Ring**“ und der **Löschgruppe Libur** (Freiwillige Feuerwehr). Auch **Soldaten der Kaserne Porz-Wahn** sowie einige Bürger, die sich im **Mieterrat der GAG** in Vingst engagieren, konnten sich aus erster Hand über die Arbeit eines Abgeordneten und der politischen Institutionen in Berlin informieren.

#### **Jugend und Parlament**

Zuvor nahm der Porzer Schüler **Patrik Sobiralski** auf Einladung von Martin Dörmann am Planspiel „Jugend und Parlament“ teil. Es gibt jungen Menschen jedes Jahr die Möglichkeit, selbst Politik zu machen - etwa indem sie in Rollenspielen aus dem

Blickwinkel der unterschiedlichen Parteien zu heißen politischen Themen argumentieren müssen. Rund 300 Jugendliche aus dem gesamten Bundesgebiet kamen vom 5. bis 8. Juni nach Berlin.

Nach der Ankunft im Paul-Löbe-Haus, einem Parlamentsgebäude direkt neben dem deutschen Bundestag, bekamen die Schüler eine politische Einstellung zugelost. „Mir fiel ein Stein vom Herzen. Ich hatte schon die Befürchtung, dass ich für die kommenden vier Spieltage konservative oder sogar liberale Politik betreiben müsse. Dieses Unheil ging jedoch an mir vorüber und ich kam in die kleinste Bundestagsfraktion, die Grünen,“ so Patric Sobiralski.

Am folgenden Tag begann das Spiel offiziell. Es wurde ein Fraktionsvorstand gewählt und die Besetzung der Arbeitskreise und Ausschüsse geregelt. „Ich durfte in den Ausschuss „Arbeit“ und behandelte das Thema „Einheit vollenden“. Andere Arbeitskreise behandelten Themen wie: „Alkoholverbot für Jugendliche“, „Zukunft der Rente“ und „Direkte Demokratie“. In den Arbeitskreisen diskutierten wir mit den anderen Abgeordneten des Arbeitskreises, wie der Antrag zu ändern sei, wobei die Opposition häufig sehr gut an einem Strang zog und sich gleichzeitig CDU und FDP un-

eins bis leicht zerstritten waren.“ schildert Patric Sobiralski die gemeinsame Arbeit. Am letzten Tag ging es in den Plenarsaal des deutschen Bundestages. Hier wurden Reden gehalten, über neue Anträge abgestimmt und Gesetze beschlossen.



**Patric Sobiralski traf vor der SPD-Fraktion Martin Dörmann und Sigmar Gabriel**

Für Patric Sobiralski war sein Aufenthalt ein ganz besonderes Erlebnis: „Es war echt klasse, persönlich die Erfahrungen zu machen, die Bundestagsabgeordnete tagtäglich erleben. Die Diskussionen waren sehr spannend, das intensive Programm aber letztlich auch anstrengend.“

### **Betriebsrätekonferenz**

Ebenfalls auf Einladung von Martin Dörmann nahm **Angelika Juhr** an einer **Betriebsrätekonferenz** der SPD-Bundestagsfraktion teil. Sie ist Betriebsrätin an der Uniklinik Köln und konnte bei der Veranstaltung zum Thema „Mitbestimmung und Beschäftigungspolitik“ mitdiskutieren.

### **„Girl's Day“**

Bereits Ende April hatte die Porzer Schülerin **Jo-**

**hanna Lamers** beim „Girls Day“ Gelegenheit den Politikalltag im Deutschen Bundestag hautnah mitzerleben. „Mir hat der Girls' Day im Bundestag unheimlich gut gefallen, denn wir haben sehr viel gemacht, ich habe nette Leute kennengelernt und über interessante Themen gesprochen. Besonders hat mich der Plenarsaal beeindruckt. Ich hatte Glück, denn als ich dort hinkam, sprach man gerade über den Afghanistan-Einsatz, und Herr Gysi löste bei manchen heftige Reaktionen aus. Es war sehr interessant den Reden zuzuhören. Auch habe ich bekannte Politiker gesehen, u.a. unsere Kanzlerin Frau Dr. Merkel und Herrn Dr. Steinmeier,“ so Johanna Lamers. Das Ziel des Tages: Die Schülerinnen sollten die Gelegenheit erhalten, Einblicke in die Praxis verschiedenster Bereiche der Arbeitswelt zu erhalten, sich über die ganze Bandbreite ihrer Berufsmöglichkeiten zu informieren und jenseits traditioneller Rollenbilder ihre Berufsentcheidung zu treffen.

### **Einblicke in die politische Arbeit**

**Martin Dörmann:** „Ich freue mich auf die sehr positiven Rückmeldungen der Bürgerinnen und Bürger meines Wahlkreises, die mich in den letzten Wochen bei unterschiedlichen Gelegenheiten besucht haben. Mir ist wichtig, dass die Menschen Einblicke in unsere politische Alltagsarbeit bekommen. Politik ist immer komplexer geworden. In den Medien wird oft nur über einen kleinen Ausschnitt unserer Tätigkeit berichtet, sodass viele gar nicht wissen können, wie intensiv und differenziert wir uns an vielen Stellen mit den Problemen unserer Gesellschaft beschäftigen. Außerdem sollte die Tätigkeit eines Abgeordneten auch deshalb transparent sein, weil wir schließlich von den Menschen gewählt wurden. Deshalb freue ich mich immer über die intensiven Begegnungen in Berlin und im Wahlkreis.“



**Besucherguppe aus Köln zu Gast in Berlin**

## Wanderung in der Wahner Heide am 1. August

### Martin Dörmann lädt ein – unter fachkundiger Führung von Jürgen Schumann



**Sonntag, 1. August, 10:00 Uhr**

**Treffpunkt: Parkplatz am Radarturm,  
Alte Kölner Straße**

**Martin Dörmann** lädt zum wiederholten Male interessierte Bürgerinnen und Bürger zu einer gemeinsamen Wanderung durch die Wahner Heide ein. Begleitet und kommentiert wird die Führung erneut durch den fachkundigen Journalisten **Jürgen Schumann**. Dauer der Wanderung: etwa zwei bis drei Stunden, je nach Wetterlage. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Diesmal können sich die Teilnehmer/innen auf spannende Legenden rund um den Geisterbusch und die Wolfsheide und auf fundierte Informationen über Flora und Fauna freuen. Jürgen Schumann ist schon seit Jahrzehnten ein großer Liebhaber und Kenner der Wahner

Heide. So hat er in dreijähriger Arbeit den Film „Die Wahner Heide im Wechsel der Jahreszeiten: Von Schleenblüten, Schattenvögeln und Eisweihern“ erstellt (DVD, Laufzeit 60 Minuten).



### 1. Poller Kindergartencup

Am 20. Juni richtete der VFL Rheingold Poll den 1. Poller Kindergartencup aus. Auf Initiative des Jugendleiters **Fred von Witzenhausen** wurden die umliegenden Kindergärten zu diesem Turnier der ganz kleinen „Pänz“ eingeladen, die viel Spaß hatten und fleißig Tore schossen. Schirmherr der Veranstaltung war **Martin Dörmann**, der auch die Siegerehrung vornahm und die vorbildliche Initiative lobte. Alle Teams erhielten Medallien - schließlich waren alle Teilnehmer Gewinner.

## KÖLN

### Diskussionsveranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung



**Matthias Machnig**

### „Wohin geht die SPD?“ Perspektiven der Sozialdemokratie im Fünf-Parteien-System

Podium:

**Matthias Machnig**

Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie  
des Landes Thüringen

**Prof. Dr. Thomas Meyer**

Chefredakteur „Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte“

Moderation:

**Martin Dörmann**



**Prof. Dr. Thomas Meyer**

**Dienstag, 7. September 2010, 19:00 Uhr**

(Einlass: 18:00 Uhr)

KOMED Saal, im Media Park 7, 50670 Köln

→ **Mathias Machnig** stellen wir auf Seite 17 in unserer Serie „Sozialdemokratische Köpfe“ näher vor

## Der rot-grüne Koalitionsvertrag: „Gemeinsam neue Wege gehen“

### Akzente zugunsten Bildung, Kommunen und erneuerbare Energien

Am 10. Juli haben die Delegierten des Landesparteitages der NRWSPD den Koalitionsvertrag mit Bündnis 90/Die Grünen NRW angenommen. Die 450 Delegierten stimmten im Kristallsaal der Messe in Köln-Deutz einstimmig dem Vertrag „Gemeinsam neue Wege gehen“ zu.



Zuvor hatte **Hannelore Kraft** in einer engagierten Rede für die Annahme des Koalitionsvertrages geworben. „Mit diesem Vertrag werden neue Wege und Chancen für Nordrhein-Westfalen eröffnet. Lasst und gemeinsam neue Wege gehen!“ rief die Landesvorsitzende unter dem Applaus der Delegierten und Gäste. Die Inhalte seien die Stärke des Vertrages, so Kraft. Man werde sich für die beste Bildung für alle einsetzen und für gute Arbeit kämpfen.

Rot-Grün stehe für starke und leistungsfähige Kommunen und für eine Gesellschaft, die stärker zusammenhält. Zudem werde die neue Landesregierung einen sozialökologischen Umbau der Wirt-

schaft sicherstellen. Der Umwelt- und Klimaschutz werde als Fortschrittsmotor die nordrhein-westfälische Wirtschaft stärken.

Sie hoffe, so Kraft, dass sich die anderen Fraktionen im Landtag ihrer Verantwortung gegenüber dem Land und den Menschen bewusst seien und auf eine reine Blockadepolitik verzichten. „Wir laden alle Fraktionen ein, die Politik für NRW bestmöglich zu gestalten.“

**„Die Bundesregierung unterstützt Hoteliers und Besserverdienende – wir unterstützen Kommunen, Kinder und Studenten“**

**Hannelore Kraft**

Ausdrücklich dankte Hannelore Kraft den Mitgliedern der NRWSPD für ihr Engagement im Wahlkampf: „Die fünf Jahre, in denen wir an unseren Inhalten hart gearbeitet haben, haben sich gelohnt.“ Die wichtigste Grundlage des Wahlerfolges sei die Geschlossenheit der Partei gewesen. „Man hat gemerkt, dass die Partei es will. Ich habe mich von euch getragen gefühlt. Danke!“



→ Der Koalitionsvertrag kann heruntergeladen werden unter: [www.nrwspd.de](http://www.nrwspd.de)

## Die neue rot-grüne Landesregierung

### Kölner Dezernent Norbert Walter-Borjans Finanzminister

Am 14. Juli wurde **Hannelore Kraft** vom Landtag zur neuen Ministerpräsidentin des Landes NRW gewählt. Der rot-grünen Landesregierung gehört mit dem bisherigen Kölner Wirtschaftsdezernenten **Norbert Walter-Borjans** auch ein Kölner Sozialdemokrat an.

Die **SPD** stellt die Leitung folgender Ministerien:

Finanzen: **Norbert Walter-Borjans**

Inneres: **Ralf Jäger**

Arbeit und Integration: **Guntram Schneider**

Wirtschaft: **Harry Kurt Voigtsberger**

Justiz: **Thomas Kutschaty**

Wissenschaft: **Svenja Schulze**

Familie, Kultur und Sport: **Ute Schäfer**

**Bündnis 90/Die Grünen** stellen:

Schule: **Sylvia Löhrmann**

Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter:  
**Barbara Steffens**

Klimaschutz, Umwelt, Natur und Landwirtschaft:  
**Johannes Rimmel**

Artikel von Martin Dörmann

Beitrag in der Zeitschrift „Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte“ (Ausgabe 7+8 / 2010)

**Leitlinien für eine moderne Netzpolitik**

**Anmerkungen zur Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“**

Mit der Einrichtung der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ hat der Deutsche Bundestag Netzpolitik als ein wichtiges Politikfeld anerkannt. Die mit der Digitalisierung verbundenen Veränderungen für unser Zusammenleben sind noch nicht in allen Konsequenzen absehbar. So manche Widersprüche gilt es aufzulösen. Die Chancen überwiegen aber deutlich, etwa für größere Angebotsvielfalt und gesellschaftliche Teilhabe. Wir müssen die Vorteile für alle nutzbar machen und auf Herausforderungen angemessen reagieren.

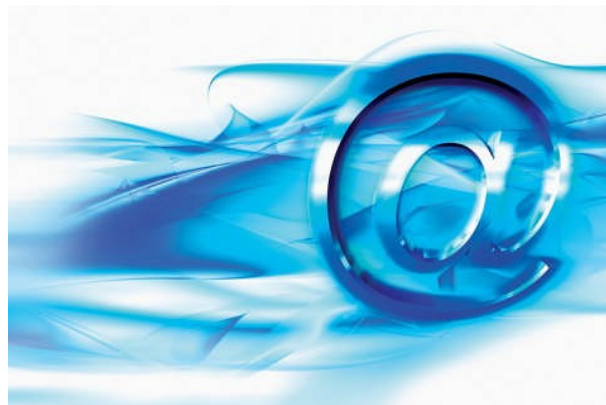
Zu Recht wird das Internet als größte kulturelle Umwälzung seit der Erfindung des Buchdrucks bezeichnet. Es hat der Globalisierung eine enorme Dynamik verliehen und prägt die soziale, kulturelle und berufliche Lebenswirklichkeit von immer mehr Menschen. Das freie Internet stärkt die Entfaltungsmöglichkeiten jedes Einzelnen von uns. Es bietet neue Möglichkeiten demokratischer Beteiligung und wirtschaftlicher Entwicklung.

Diese positiven Wirkungen gilt es zu sichern und auszubauen. Zugleich dürfen wir nicht die Augen vor den großen Herausforderungen verschließen: Das Netz verändert unser Denken und stellt bisherige gesellschaftliche Strukturen in Frage. Und viele Menschen haben noch keinen Zugang zur digitalen Welt, so dass die Gefahr einer digitalen Spaltung besteht. Deshalb ist zentrales Anliegen sozialdemokratischer Medien- und Netzpolitik, allen Menschen die Vorteile des Internets nutzbar zu machen und die freie Kommunikation zu schützen. Auf der anderen Seite darf die Offenheit des Internets nicht dazu führen, die Rechte des Einzelnen abzuschneiden. Im Kern geht es also darum, gleichzeitig gesellschaftliche Teilhabe, Angebotsvielfalt, Freiheit und Rechte im Netz zu sichern.

Die vom Bundestag eingerichtete Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ bietet eine große Chance, endlich eine breite gesellschaftliche Debatte um die Auswirkungen und Erfordernisse des digitalen Wandels zu führen. Wie notwendig diese ist, hat im vergangenen Jahr der Streit um Internetsperren gezeigt.

Auch die SPD hat hieraus ihre Konsequenzen gezogen und ist gerade dabei, sich auf verschiedenen Ebenen netzpolitisch breiter und konsequenter aufzustellen. So hat die Medienkommission beim SPD-Parteivorstand mit den neuen Gesprächskreisen „Netzpolitik und digitale Gesellschaft“ sowie „Digitale Infrastruktur“ zwei zusätzliche Säulen erhalten. Und in der SPD-Bundestagsfraktion arbeiten jetzt mehr Abgeordnete aktiv an netzpoliti-

schen Themen mit, von der Enquete-Kommission über den Unterausschuss „Neue Medien“ bis hin zu den einzelnen Fachausschüssen. Netzpolitik bedeutet für uns Gesellschaftspolitik.



Die Enquete-Kommission muss sowohl langfristige Linien aufzeigen als auch zügig konkrete Handlungsempfehlungen für parlamentarische Initiativen entwickeln. Viel wird davon abhängen, dass und wie die notwendigen Debatten im Netz geführt werden – hoffentlich vielfältig und mit der gebotenen Tiefe. Für erfolgreiche Handlungsvorschläge brauchen wir am Ende eine Akzeptanz in der Netzöffentlichkeit und in der gesamten Gesellschaft. Deshalb erwarten wir von der Enquete-Kommission eine konsequente Einbeziehung der interessierten Öffentlichkeit als zusätzlichen Sachverständigen.

**Gesellschaftliche Teilhabe in der Mediengesellschaft**

Wir müssen zudem zeitgemäße Leitlinien für eine moderne Netzpolitik entwickeln. Dabei muss man immer im Blick, haben, dass der technische Zugang zum Internet und die Fähigkeit, die Angebote auch nutzen zu können, bereits heute über Bildungs- und Berufschancen – und damit über die Zukunftsperspektiven vieler Menschen entscheiden. De facto erleben wir noch eine digitale Spaltung zwischen denjenigen, die das Internet umfassend nutzen können, und denjenigen, die davon

(aus unterschiedlichen Gründen) ausgeschlossen sind.

In technischer Hinsicht gilt es, den Breitbandausbau in Deutschland konsequenter als bisher voranzutreiben: Auch ländliche Regionen müssen an das schnelle Internet angeschlossen werden.

Der Umgang mit den sogenannten neuen Medien – insbesondere dem Internet – erfordert auf der anderen Seite kompetente Nutzerinnen und Nutzer. Dabei geht es nicht alleine darum, das Medium in seiner Vielfalt zu kennen und technisch zu beherrschen. Zugleich muss die Fähigkeit des kritischen und verantwortlichen Umgangs mit Informationen, Inhalten und Daten gestärkt werden. Medienkompetenz ist in allen Altersschichten die entscheidende Voraussetzung für Teilhabe an der digitalisierten Welt und damit eine Schlüsselqualifikation in der Informations- und Kommunikationsgesellschaft. Deshalb muss der Umgang mit neuen Medien in unserem Bildungswesen eine zentrale Rolle spielen. Das betrifft die Lehrpläne ebenso wie die Kompetenz der Lehrkräfte und die angemessene technische Ausstattung der Schulen.

### **Freiheit und Rechte im Netz sichern**

Mit zunehmender Kommunikation fallen immer mehr Daten an, die unter Umständen vom Staat oder durch Privatunternehmen genutzt und gesammelt werden. Vielfach stellen Bürgerinnen und Bürger selbst persönlichste Angaben ins Internet, junge Menschen vor allem in den sozialen Netzwerken.

Weder der Staat noch Unternehmen dürfen zu ungebremsten Datensammlern werden. Insbesondere muss verhindert werden, dass durch Vernetzung ein sensibles Profil der Betroffenen gezeichnet werden kann. Dem Datenschutz kommt deshalb eine besondere Bedeutung bei der Sicherung des freien Internets und des Grundrechtsschutzes zu. Er muss den aktuellen gesellschaftlichen und technischen Entwicklungen angepasst werden, ohne dabei die freie Kommunikation im Internet zu beeinträchtigen.

Auch für den Schutz immaterieller Produkte und Güter bringt die Digitalisierung neue Herausforderungen mit sich. Digitale Inhalte können leicht und verlustfrei kopiert werden. Deshalb ist den Nutzern der materielle Gegenwert oft nicht bewusst. Zudem ist es den Content-Anbietern nicht rechtzeitig gelungen, passende Geschäfts- und Erlösmodelle zu etablieren.

Weder können eine generelle Kriminalisierung vieler Nutzer noch das Ende des Urheberrechts eine Lösung sein. Wir müssen aber Regelungen finden, durch die Kultur- und Medienschaffende für ihre Arbeit angemessen vergütet werden. Nur so

können wir auf Dauer Qualität und Vielfalt sichern. Die SPD will im Rahmen eines Kreativpaktes eine Balance zwischen dem Vergütungsanspruch der Urheber, dem Verbraucherschutz und den Interessen der Verwerter und der Industrie finden. Eine Kultur-Flatrate ist dabei als eine der möglichen Optionen zu prüfen – gerade weil hier noch viele Fragen offen sind.

### **Medienfreiheit und Medienvielfalt**

Das Internet verändert, wie wir uns informieren und wie sich auf demokratische Weise Meinungen herausbilden. Gerade im Medienbereich hat der Wandel von der analogen zur digitalen Welt umwälzende Folgen. Viele altbekannte Angebote und Strukturen verschwinden ersatzlos oder werden von neuen abgelöst, Teilmärkte verschmelzen. Es entstehen Medienunternehmen, die spartenübergreifend organisiert und teilweise sehr wirkungsmächtig sind.

Zu den zentralen Herausforderungen der Medienpolitik gehören die Sicherstellung der Medien- und Pressefreiheit bei gleichzeitiger Wahrung von Qualität und Vielfalt – sowohl im traditionellen Medienbereich als auch im Internet. Ohne ein spezifisches, vielfalt-sicherndes Medienkonzentrationsrecht, das crossmedialen und konvergenten Umbrüchen genügt, werden die sich ergebenden Herausforderungen kaum zu bewältigen sein.

Gerade junge Menschen informieren sich inzwischen überwiegend und immer stärker über Online-Medien. Darauf müssen sich sowohl der öffentlich-rechtliche Rundfunk als auch die privaten Medienanbieter einstellen. Die Medienordnung muss beiden Bereichen die notwendigen Entwicklungsmöglichkeiten geben. Die duale Medienordnung in Deutschland ist eine Erfolgsgeschichte und war in der Vergangenheit Garant für eine gerade im internationalen Vergleich qualitativ hochwertige und plurale Medienlandschaft. Diese Vorzüge gilt es auch in der digitalisierten Medienwelt zu sichern.

Die Beispiele der digitalen Veränderungen und Herausforderungen ließen sich weiter ergänzen. Die Enquete-Kommission wird sich im vorgegebenen Zeitraum bis zum Sommer 2012 mit vielen Fragestellungen befassen. Dabei setze ich darauf, dass wir über politische Farben und unterschiedliche Kompetenzebenen hinweg breit getragene Initiativen entwickeln werden – damit wir die Chancen der Digitalisierung zum Vorteil der gesamten Gesellschaft nutzen.

*Martin Dörmann ist medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und stellvertretender Vorsitzender der Enquête-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ des Deutschen Bundestages.*



### Netzneutralität, Urheberrecht und Datenschutz

In drei themenbezogenen Projektgruppen hat die Enquete-Kommission ihre inhaltliche Arbeit aufgenommen. Jeweils neun stimmberechtigte und bis zu 17 weitere Kommissionsmitglieder arbeiten darin an den folgenden Themen:

#### Netzneutralität

Netzneutralität bedeutet, dass Netzbetreiber keinen Unterschied bei den Inhalten oder Anwendungen in ihren Netzen machen oder diese aufgrund eigener Interessen beschränken. Gegner der Netzneutralität fürchten um ihre Geschäftsmodelle, Befürworter warnen vor der Behinderung neuer Entwicklungen und höheren Kosten für die Verbraucher.

Von der SPD-Fraktion entsandte Mitglieder in dieser Projektgruppe sind **Martin Dörmann** und **Alvar Freude**.

#### Urheberrecht

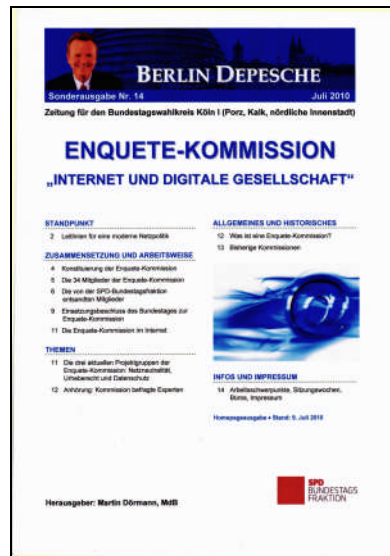
Mit dem Urheberrecht und dem Schutz geistigen Eigentums wird sich die zweite Gruppe auseinander setzen. Bei diesem Thema treffen erneut verschiedene Interessen aufeinander: Einerseits ermöglicht die kostenlose Verbreitung künstlerischer und geistiger Werke im Internet den einfachen Zugang für viele Menschen zu Texten, Filmen, Bildern und Musik. Andererseits bedroht die so genannte Kostenloskultur des Internets die Existenzgrundlagen der Künstlerinnen und Künstler sowie die damit verbundenen Strukturen bei Verlagen, Musik- und Filmproduzenten.

Von der SPD-Fraktion entsandte Mitglieder: **Johannes Kahrs** und **Dr. Wolfgang Schulz**

#### Datenschutz

Das Thema Datenschutz beschäftigt die dritte Projektgruppe der Enquete-Kommission. Hier werden Themen des Verbraucherschutzes im Fokus stehen. Was geschieht mit den Datensammlungen, die bei Online-Geschäften anfallen? Welche Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden, damit Datentransparenz und Datensicherheit gewährleistet sind?

Von der SPD-Fraktion entsandte Mitglieder: **Lothar Schröder** und **Cornelia Tausch**



#### Sonderausgabe der Berlin Depesche

Zur Enquete-Kommission ist eine Sonderausgabe der Berlin Depesche erschienen, die auf der Homepage [www.martin-doermann.de](http://www.martin-doermann.de) abrufbar ist. Sie soll zukünftig ständig erweitert und aktualisiert werden.

## Anhörung

### Kommission befragte Experten zu Chancen und Risiken der Digitalisierung

In einer öffentlichen Anhörung befragte die Enquete-Kommission am 5. Juli 2010 namhafte Experten und bat sie um ihre Einschätzungen zu Fragen rund um das Internet. Die zweite Hälfte der Sitzung wurde von **Martin Dörmann** geleitet.

An der Anhörung nahmen teil:

**Prof. Dr. Wolfgang Coy**

(Humboldt-Universität zu Berlin)

**Lars Hinrichs** (Cinco Capital GmbH)

**Prof. Dr. Thomas Hoeren**

(Westfälische Wilhelms-Universität Münster)

**Marie-Thérèse Huppertz**

(Vice President Government Relations SAP AG)

**Dr. Paul-Bernhard Kallen**

(Vorstand der Hubert Burda Media Holding KG)

**Prof. Dr. Peter Kruse** (nextpractice GmbH)

**Prof. Dr. Rainer Kuhlen** (Universität Konstanz)

**Prof. Dr. Jörg Müller-Lietzkow** (Universität Paderborn)

#### Jens Zimmer (31) verstärkt das Berliner Büro

Zur Unterstützung von Martin Dörmann bei seiner Arbeit in der Enquete-Kommission wird Jens Zimmer in der zweiten Jahreshälfte das Berliner Büro verstärken. Er ist Volljurist und arbeitet derzeit an seiner Doktorarbeit zum Thema Urheberrecht.

→ Die schriftlichen Stellungnahmen, ein Video der vollständigen Anhörung sowie weitere Infos zur Enquete-Kommission im Internet unter:

[www.bundestag.de/internetenquete/index.jsp](http://www.bundestag.de/internetenquete/index.jsp)

## Bundesversammlung

### Christian Wulff zum neuen Bundespräsidenten gewählt

Am 30. Juni hat die Bundesversammlung **Christian Wulff** zum zehnten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Drei Wahlgänge brauchte der Kandidat der Regierungsparteien, obwohl Union und FDP über eine klare Mehrheit von 644 Stimmen in der Bundesversammlung verfügten. Selbst im dritten Wahlgang konnte Wulff nicht alle Stimmen von Schwarz-Gelb auf sich vereinen, im ersten fehlten gar 44.

Das zeigt umgekehrt, welch großen Zuspruch der von SPD und Grünen vorgeschlagene Kandidat **Joachim Gauck** auch jenseits der Delegierten von Rot-Grün hatte. Vor allem von der Bevölkerung hat Joachim Gauck während seiner Kandidatur viel Unterstützung erhalten. Seine Themen Freiheit und Demokratie haben die Bürgerinnen und Bürger erreicht. Interessant war dabei zu beobachten, wie mit Hilfe des Internets für die Wahl des überparteilichen Kandidaten geworben wurde.

Und eins bleibt bestehen: Joachim Gaucks Kandi-

datur hat etwas in unserer Republik verändert. Sie hat Hoffnungen wach gerufen und so etwas wie eine Demokratiebewegung angestoßen. Diese müssen wir nutzen. Die Distanz zwischen der Bevölkerung und den politischen Institutionen muss um unserer Demokratie Willen abgebaut werden.

Die Kanzlerin und ihre Koalition haben schlicht die Chance vertan. Sie hätte einen unabhängigen und parteilosen Bundespräsidenten nominieren können, der den Zuspruch aller hätte finden und so das Vertrauen der Menschen in die Politik hätte stärken können.

Folgende Kölner Sozialdemokraten waren Mitglieder der Bundesversammlung: die drei Bundestagsabgeordneten **Martin Dörmann**, **Karl Lauterbach** und **Rolf Mützenich** sowie die von Landtag entsandten **Marc Jan Eumann**, **Jochen Ott** und **Norbert Walter-Borjans**.



**Joachim Gauck mit Sigmar Gabriel und Frank-Walter Steinmeier beim SPD-Fest am Vorabend**



**Martin Dörmann und Hannelore Kraft als Mitglieder der Bundesversammlung**



**Stimmabgabe im Plenarsaal**



**Joachim Gauck bedankte sich im Anschluss bei einer gemeinsamen Fraktionssitzung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen**

### Auftakt eines neuen SPD-Gesprächskreises mit Martin Dörmann

Der Breitbandausbau ist eine der zentralen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen in Deutschland. Das Ziel, schnelles Internet für alle zu ermöglichen, hat für die SPD-Bundestagsfraktion hohe Priorität, nicht zuletzt zur Überwindung einer digitalen Spaltung in der Bevölkerung. Vor diesem Hintergrund hat die SPD-Bundestagsfraktion kürzlich Unternehmen und Verbände, die in besonderer Weise beim Breitbandausbau beteiligt sind, um ihre Einschätzung über den derzeitigen Stand und die Perspektiven des Breitbandausbaus in Deutschland gebeten.

Die interessanten Ergebnisse dieser bislang einzigartigen Befragung wurden von **Martin Dörmann** am 8. Juni im Willy-Brandt-Haus im Rahmen des neuen Gesprächskreises „Digitale Infrastruktur“ vorgestellt und zusammen mit Experten mit sehr positiver Resonanz diskutiert. Der von Martin Dörmann geleitete Gesprächskreis gehört neben der Medienpolitik und der Netzpolitik zu den drei Säulen der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand. Er wird sich mehrmals im Jahr treffen, um mit Fachleuten der SPD und Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft aktuelle Themen aus den Bereichen Infrastruktur und Telekommunikation zu diskutieren. Auch dies dokumentiert den Stellenwert des Breitbandausbaus für die SPD.

Aus der Branchenbefragung wird die SPD wichtige Erkenntnisse für ihre Politik zur Beschleunigung des Breit-

bandausbaus ziehen. Die kürzliche Versteigerung des bislang größten Frequenzpaketes in Deutschland bietet große Chancen für den notwendigen Netzausbau im Mobilfunk und eine bessere Breitbandversorgung auch in ländlichen Regionen. Diese müssen nun konsequent genutzt werden.

Deutschland darf nicht ins Hintertreffen geraten. Die zu passive Bundesregierung fordert die SPD-Fraktion auf, ihre Breitbandstrategie konsequenter als bisher umzusetzen und weiterzuentwickeln. Die anstehende Novellierung des Telekommunikationsgesetzes muss hierfür genutzt werden. Ein Teil der erzielten Versteigerungserlöse in Höhe von rund 4,4 Milliarden Euro, die in den Bundeshaushalt fließen, sollte für den Breitbandausbau genutzt werden. Die bereits bestehenden Förderprogramme sollten aufgestockt werden, müssen jedoch noch zielgenauer als bisher ausgestaltet werden. Bund und Länder sollten im Hinblick auf den Infrastrukturausbau abgestimmt vorgehen und zusätzliche gesetzliche Regelungen ins Auge fassen, um einheitliche und bessere Rahmenbedingungen zu schaffen.

Schließlich kann die Bundesnetzagentur durch eine innovations- und investitionsfreundliche Regulierung, die Rechts- und Planungssicherheit ermöglicht, einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, dass die notwendigen zweistelligen Milliardenbeträge für den Glasfaserausbau auch tatsächlich investiert werden.

→ **Die ausführliche Dokumentation der Branchenbefragung „Perspektiven für den Breitbandausbau in Deutschland“ kann im Netz abgerufen werden unter:**  
**[www.martin-doermann.de](http://www.martin-doermann.de) sowie [www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)**

## Sparpaket der Bundesregierung ohne soziale Balance

---

### Kürzungen treffen die Schwächsten – Wohlhabende werden geschont

Die schwarz-gelbe Koalition hat am 7. Juni ein Papier mit zahlreichen Ankündigungen für Sparmaßnahmen vorgestellt. Was Merkel und Westerwelle nach wochenlangem Streit produziert haben, wird den immensen Belastungen der Finanzmarkt- und Schuldenkrise nicht gerecht. Schwarz-Gelb zeigt kein Krisenbewusstsein und leitet keinen gesellschaftlichen Neuanfang ein. Es fehlen weiterhin eine Wachstumsstrategie für unser Land und der Mut, Deutschland gerechter zu gestalten.

Union und FDP fallen beim Thema Sparen als erstes Arbeitslose und Familien ein. Die sollen jetzt für die schwarz-gelbe Klientelpolitik zahlen. Die Koalitionäre haben sich dabei selbst als besonders mutig gelobt. Dieses Pfeifen im Walde sollte immer misstrauisch machen. Denn nichts von dem, was angekündigt wurde, ist bisher politisch durchgesetzt. Zudem bleiben überall offene Fragen, wie die in Tabellen zusammenaddierten Milliarden-Summen tatsächlich erbracht werden sollen.

Angesichts dieser beschämenden Orientierungslosigkeit und Ungerechtigkeit kämpft die SPD für

eine neue soziale Ordnung. Wir wollen einen neuen Lastenausgleich, der Schluss macht mit Günstlingswirtschaft und Privilegien für die oberen Zehntausend. Ein sozialer Ausgleich, der auch Spitzenverdiener und Vermögende steuerlich angemessen an der Bewältigung der Krise beteiligt. Ein Pakt des Zusammenhalts, der vor allem das Kapital als Verursacher der Krise nicht aus der Verantwortung für die Zukunft der Gesellschaft entlässt.

### Mutlos und voller Luftbuchungen

Die Vorschläge sind schwammig und vage gerade dort, wo wirtschaftlich Starke und Gewinner der Krise herangezogen werden sollen. Beispiel „Beteiligung“ der Banken: Die konkret genannte Bankenabgabe ist eine Sonderabgabe für einen Branchenfonds, die nichts zur Konsolidierung des Haushalts beiträgt. Die darüber hinaus versprochenen „weiteren Maßnahmen“ bleiben unbestimmt, und es ist schleierhaft, woher die angekündigten 2 Milliarden Euro Mehreinnahmen ab 2012 kommen sollen. Eine klassische Luftbuchung. Wo

und wie mehr Energiesteuern eingenommen werden sollen, welche Industrien belastet und welche verschont werden, was es bringen soll, der Bahn jährlich 500 Millionen Euro zu entziehen, bleibt ein schwarz-gelbes Geheimnis.

Das Ergebnis der Regierungsklausur ist äußerst dürftig und sozial höchst unausgewogen:

- Auch nach der Klausur bleibt völlig unklar, wie die notwendigen Verbesserungen im deutschen Bildungswesen finanziert werden.
- Auch nach der Klausur bleibt völlig unklar, wie der Bundesbeitrag zur Rettung der deutschen Kommunen auch und gerade in der kurzen Frist aussieht.
- An keiner Stelle werden Reichen und Wohlhabenden Konsolidierungsbeiträge abverlangt. Das Konsolidierungspaket der Regierung tut nichts für eine gerechtere Verteilung der Kosten der Krise.
- Das Paket ist in seinem Volumen künstlich hochgerechnet: Luftbuchungen und Hoffnungswerte gehen vor allem in den Jahren 2013 und 2014 in die Milliarden.

Das heißt: Das vorgelegte Paket wird nicht reichen, die Konsolidierungsvorgaben des Grundgesetzes („Schuldenbremse“) einzuhalten. Weitere Sparpakete werden folgen müssen.

### **Schwach gegen Starke und stark gegen Schwache**

Die Koalition ist zaghaft und zögernd bei der Finanzbranche, aber rücksichtslos behandelt sie Hartz-IV-Empfänger. Schwarz-Gelb ist schwach bei den Starken und stark nur gegen die Schwachen. Kapital wird geschont, Arbeit und Arbeitnehmer werden belastet. Arbeitslose und Familien sind die wahren Verlierer. Angela Merkel verschärft die Ungerechtigkeit der Lastenverteilung und spitzt die Vertrauenskrise in die Demokratie zu, wenn sie den Arbeitslosen die Rentenversicherung, das Elterngeld und den Heizkostenzuschuss streicht. Sie handelt kurzsichtig, wenn sie 1,8 Milliarden Euro auf Kosten der Gesetzlichen Rentenversicherung streicht. Sie agiert konzeptlos, wenn sie der Arbeitsmarktpolitik in den kommenden Jahren 16 Milliarden Euro entzieht. Es droht der Zusammenbruch von Aktivierung und Förderung, die zu großen Erfolgen auf dem Arbeitsmarkt geführt haben.

### **Vage, ungerecht und ohne Konzept**

Um überhaupt zu einem Ergebnis zu kommen, kündigt die Regierungsspitze eine Reihe von Maßnahmen an, für die es bisher noch überhaupt keine fachliche Fundierung gibt:

- Zu der angekündigten „Luftverkehrsabgabe“ gibt es noch überhaupt keine Konzeption. Bisher hat das Thema lediglich zu Streit zwischen den beteiligten Ministerien geführt.

- Völlig unklar ist, worin die angekündigte „Beteiligung des Bankensektors an den Kosten der Finanzkrise“ liegen soll. Eine Finanztransaktionssteuer wird in der Koalition immer noch abgelehnt. Jegliche Finanzmarktbesteuerung wird an einen übernationalen Konsens geknüpft. Was also bleibt mit einer gewissen Eintrittswahrscheinlichkeit für den Bundeshaushalt?
- Es gibt noch überhaupt kein Konzept zur angekündigten Belastung der Kernenergiewirtschaft. Bisher zumindest war es äußerst schwierig, die großen Energieversorger zu irgendeinem finanziellen Entgegenkommen zu bewegen. Bisher haben die Koalitionsabgeordneten aus Baden-Württemberg, Hessen und Bayern vehement Belastungen „ihrer“ Atomwirtschaft bekämpft.
- Ganz offen wird von der Koalition zugegeben, dass das Element „Streitkräftereform“ des Konsolidierungskonzepts noch nicht einmal in Grundzügen feststeht. Aber trotzdem werden Einsparbeträge in Milliardenhöhe einkalkuliert.
- Und wie kommen die Milliardenersparungen bei den „Effizienzverbesserungen, bei der Arbeitsmarktvermittlung, bei SGB II“ zustande? Auch das ist zunächst einmal eine völlig unbegründete „Hausnummer“ und reines Wunsdenken.

Während die Einschnitte in die Arbeitsmarktpolitik, in die ALG II-Struktur und in das Eltern- und Wohngeld sehr konkret und schnell umsetzbar sind, liegt insbesondere über den behaupteten „beträchtlichen“ Belastungen für die Unternehmen ein großer Nebel der Ungewissheit und der Unklarheit. Außerdem zeigt beispielsweise die Streichung des Zuschusses bei der Rentenversicherung für Hartz-IV-Empfänger, wie blind Schwarz-Gelb gegenüber den Problemen von Morgen ist. Die Abschaffung der Rente nach Mindestentgeldpunkten befeuert die Altersarmut von morgen. Niedrigverdiener von heute werden zu Grundsicherungsempfängern von morgen. Damit werden Lasten nur in die Zukunft verschoben.

### **Konsolidieren mit Kompass**

Schuldenabbau und Zukunftsinvestitionen müssen und können seriös finanziert werden. Erste Schritte dazu sind nach Vorstellungen der SPD-Bundestagsfraktion:

- **Klientelgeschenke ohne Wachstumswirkung zurücknehmen.** Die von Schwarz-Gelb im sog. „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ an Hoteliers, Firmenerben und gewinnverlagernde Konzerne beschlossenen Steuerprivilegien sind zurückzunehmen. Dies ist die Gretchenfrage der haushaltspolitischen Glaubwürdigkeit der Bundesregierung. Einnahmeverbesserungen von 5,6 Milliarden Euro (für den Bund 1,8 Milliarden Euro).

- **Abbau umweltschädlicher Subventionen und Privilegien der Atomwirtschaft.** Besteuerung von Brennelementen mit Einnahmeverbesserungen von mindestens 2,5 Milliarden Euro jährlich. Übertragung der Kosten für die Sanierung der Atommülllager Asse und Morsleben auf die Urheber der eingelagerten Mengen mit Einsparungen von rund 4 Milliarden Euro.
- **Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns.** Die Einführung des Mindestlohns dämmt Lohndumping auf Kosten des Steuerzahlers ein. So kann man Subventionen abbauen, den Sozialstaat vor Missbrauch schützen und die Kaufkraft der Arbeitnehmer erhöhen. Einsparungen von bis zu 1,5 Milliarden Euro bei den Leistungen für so genannte „Aufstocker“, also Menschen, die trotz Arbeit staatliche Unterstützung beziehen müssen. (Auskunft BMAS vom Oktober 2008 bei einem Mindestlohn von 7,50 Euro). Einnahmeverbesserungen von mindestens 4 Milliarden Euro bei den Sozialversicherungen und eine Steigerung der Arbeitnehmerentgelte (laut Studie des IAT von 2006 für einen Mindestlohn von 7,50 Euro).
- **Zur Bewältigung der Krisenlasten in den öffentlichen Haushalten müssen die verantwortlichen Akteure auf den Finanzmärkten ihren Beitrag leisten:** Einführung einer Finanztransaktionssteuer zumindest auf europäischer Ebene. Einnahmeverbesserungen von rund 12 Milliarden Euro.
- **Stärkere Beteiligung großer Einkommen und Vermögen.** Anhebung des Spitzensteuersatzes der Einkommenssteuer und stärkere steuerliche Beteiligung großer Vermögen. Einnahmeverbesserungen je nach Ausgestaltung von mindestens 5-10 Milliarden Euro jährlich, von denen der Anteil der Vermögensbesteuerung allein den Ländern zugute käme.

### Für eine neue Ordnungspolitik

Um den Weg zu einer dauerhaft tragfähigen Konsolidierung zu gehen, muss das enge ideologische Korsett einer überholten Wirtschaftstheorie abgelegt werden. Einseitige Einschnitte in die öffentlichen Haushalte zu Lasten schwächerer Gruppen in der Gesellschaft und drastische Kürzungen mit schockartigen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung führen nicht zum Ziel. Aber auch schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme sind kein dauerhaft wirksames Mittel. Eine umfassende Konsolidierungsstrategie in Zeiten einer dramatischen Finanz- und Vertrauenskrise muss drei Dimensionen zusammenführen:

1. **Ein neuer Lastenausgleich:** Steuerliche Privilegierung einzelner Gruppen oder Einkommensarten, bestimmter Unternehmen, Er-

ben, Hoteliers, Begünstigung von oberen Einkommensgruppen, Subventionen mit ökologisch, ökonomisch und sozial zweifelhaften Wirkungen, die Haftungsfreistellung von unternehmerischen Entscheidungen zu Lasten des Staates, die Sanierung von Banken und Kapitalmarktakteuren auf Kosten des Steuerzahlers – all dies zerstört nicht nur die Handlungsfähigkeit des Staates, sondern auch das Vertrauen in die Gerechtigkeit der Lastenverteilung. Gerade jetzt brauchen wir einen neuen Lastenausgleich, der untere Einkommensgruppen entlastet, Wohlhabende und Vermögende aber stärker für das Gemeinwohl in die Pflicht nimmt; der die steuerliche Begünstigung von Kapitaleinkommen gegenüber Arbeitseinkommen zurückführt und Kapitalmarktakteure an den Kosten der Krise und der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligt. Niemand darf jetzt aus der Verantwortung entlassen werden.

2. **Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand:** Damit der Staat trotz Rückführung der Verschuldung handlungsfähig bleibt, muss Konsolidierung beides umfassen: Ausgaben zurückführen und Einnahmen verbessern. Einsparungen sind mit Vorrang bei Klientelgeschenken, Privilegien und Subventionen zu realisieren. Einnahmeverbesserungen sind mit Vorrang dort zu realisieren, wo heute noch große Gewinne und Einkommen mit geringen Steuerbelastungen einhergehen.
3. **Zukunftsinvestitionen und neues Wachstum:** Haushaltspolitik muss eine Wachstumsstrategie beinhalten. Dazu gehören ein Impulsprogramm für unternehmerische Investitionen, die Steigerung der Ausgaben für Bildung und Forschung, die finanzielle Stabilisierung der Kommunen für ihre Aufgaben bei Infrastrukturmodernisierung und öffentlichen Dienstleistungen. Der Binnenmarkt in Deutschland muss vom Bremsklotz zum Motor der wirtschaftlichen Entwicklung auch in Europa werden. Das geht nur mit einer höheren Beschäftigungsquote, mit besseren Löhnen und Einkommen für die Mehrheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Wir wissen, zum Teil auch aus der leidvollen Erfahrung der Vergangenheit, dass eine in zu engem Korsett gefangene Sparpolitik, die es nicht vermag, gleichzeitig das zur Verbesserung der Defizit- und Schuldenstandsquote nötige Wachstum zu sichern, kaum von Erfolg gekrönt sein wird. Wir fordern deshalb trotz des zusätzlichen Finanzierungsbedarfs einen Rettungsschirm für die Kommunen, um deren Investitionskraft auch nach dem Auslaufen des Konjunkturpakets II zu stabilisieren. Und wir fordern eine deutliche Anhebung der Bildungsausgaben als notwendiges Fundament zukünftigen Wachstums in Deutschland.

### Der neue Rundfunkbeitrag: gerechter, transparenter, zukunftssicher

#### Anmerkungen zur Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Ein leistungs- und zukunftsfähiger öffentlich-rechtlicher Rundfunk ist für eine freie Information und Meinungsbildung in einer demokratischen Öffentlichkeit unverzichtbar.

Die gesetzliche Ausgestaltung der deutschen Rundfunkordnung fällt in die Gesetzgebungskompetenz der Länder. Rundfunk - öffentlich-rechtlicher wie privater Rundfunk - hat nach der Rechtsprechung des BVerfG eine essentielle Funktion für die demokratische Ordnung.



Die Regierungschefs der Länder haben sich nun am 10. Juni 2010 auf Eckpunkte zur Neuordnung der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks verständigt. Diese sehen im Kern einen Wechsel vom bisherigen Modell der geräteabhängigen Gebühr hin zu einem geräteunabhängigen Beitrag vor, der für jeden Haushalt und jede Betriebsstätte erhoben werden soll.

Auf Grundlage dieser Eckpunkte soll nun eine Änderung des Rundfunkstaatsvertrages vorbereitet werden, der dann von den Ministerpräsidenten unterzeichnet und voraussichtlich im nächsten Jahr von allen Landtagen endgültig als Gesetz beschlossen werden soll. Gelten würde das neue Modell ab dem Jahr 2013.

Ziel ist es, die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zum einen auf eine in finanzieller und verfassungsrechtlicher Hinsicht dauerhaft tragfähigen Grundlage zu stellen. Zum anderen soll das neue Beitragsmodell zu mehr Transparenz, größerer Gerechtigkeit und weniger Bürokratie beitragen.

Ob und in welcher Höhe die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten finanziert werden, ist nicht in das Belieben der Politik gestellt. Vielmehr erfüllt der öffentlich-rechtliche Rundfunk einen aus dem Grundgesetz abgeleiteten Funktionsauftrag. Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist der aus diesem Funktionsauftrag sich ergebende Finanzierungsbedarf gesetzlich sicherzustellen.

Im Vorfeld der aktuellen Entscheidung der Minis-

terpräsidenten wurde vom ehemaligen Bundesverfassungsrichter **Prof. Paul Kirchhof** ein Gutachten über die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks eingeholt, dessen Ausführungen die bisherigen Überlegungen der Länder und der SPD-Bundestagsfraktion stützt und die Eingang gefunden haben in die Entwicklung des neuen Beitragsmodells.

Prof. Kirchhof hat in seinem Gutachten dargelegt, dass die bislang geltende Rundfunkgebühr aus mehreren Gründen problematisch ist. Insbesondere sei die bisherige Unterscheidung zwischen herkömmlichen und neuartigen Empfangsgeräten sowie Radio- und Fernsehgeräten immer weniger tragfähig. Die Nutzung von Internet-PCs und Handys sei insbesondere bei jungen Menschen zum Alltagsmedium für den Empfang von Radio- und Fernsehprogrammen geworden. Ob aber z.B. ein Handy Rundfunk über ein eingebautes UKW-Empfangsteil oder über die UMTS-Technologie empfangen kann, lasse sich kaum noch überprüfen. Somit stelle das Empfangsgerät einen insgesamt zunehmend ungeeigneten Anknüpfungspunkt für eine Rundfunkabgabe dar.

Bezogen auf diese Empfangsrealität geht Prof. Kirchhof davon aus, dass sich das gegenwärtige Rundfunkgebührenmodell unter den Bedingungen moderner Technik der Verfassungswidrigkeit nähert. Das System leide an schweren Erhebungsdefiziten, wobei die Bemühungen der GEZ, die Legalitäts- und Aufkommensverluste durch zusätzliche Kontrolle aufzufangen, auch noch die innere Akzeptanz der Abgabe gefährden würden. Die tatbestandliche Anknüpfung an das Rundfunkempfangsgerät verfehle die gemeinte Wirklichkeit, sei nicht sachgerecht und deshalb gleichheitswidrig.

Für die Anforderungen an ein neues Abgabemodell hat Prof. Kirchhof Maßstäbe der Rundfunkfinanzierung herausgearbeitet, an denen sich die Ministerpräsidenten mit dem neuen Gebührenbeitragsmodell im Wesentlichen orientieren. Der Rundfunkbeitrag soll den Aufwand finanzieren, der den Rundfunkanstalten bei der Erfüllung ihres Auftrags entsteht. Zur Finanzierung wiederum soll derjenige beitragen, dem die Rundfunkprogramme zugute kommen. Dazu liegt es nach Ansicht von Prof. Kirchhof in der Hand des Gesetzgebers, ob er eher die Wirkungen der Rundfunkprogramme als allgemein zugängliche Quellen individuellen und öffentlichen Wissens, Meinens, Erlebens und Freizeitgestaltens würdigt, oder ob er mit dem Beitrag ein Entgelt für die vermutete individuelle Nutzung der Programme fordert.

Mit dem neuen haushalts- und betriebsstättenbe-

zogenen Beitrag wollen die Länder diesen Vorgaben gerecht werden. Dabei gehen sie davon aus, dass jeder Staatsbürger und auch die Wirtschaft direkt oder indirekt vom Informationsangebot der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und einer pluralen Medienordnung profitieren. Deshalb wird ein geräteunabhängiger Beitrag mit Beitragspflicht für jeden Haushalt und jede Betriebsstätte erhoben, der von der Höhe des Beitrages einheitlich auf Grundlage der bisherigen vollen Rundfunkgebühr (derzeit 17,98 Euro) berechnet ist. Die Differenzierung zwischen Rundfunk- und Fernsehgebühr und damit zwischen TV, Radio, Handy und PC wird aufgegeben. Im nicht-privaten Bereich wird der Beitrag pro Betriebsstätte erhoben und nach der Anzahl der regelmäßig dort beschäftigten Personen gestaffelt.

Für den typischen Privatnutzer erhöht sich die bisherige Belastung von 17,98 Euro also nicht. Allerdings ist klar, dass es auch Personen gibt, deren individuelle Belastung sich erhöht, weil sie bislang beispielsweise nur ein Radioempfangsgerät angemeldet haben. Auf der anderen Seite wird es aber auch viele geben, die entlastet werden, etwa weil die Beitragspflicht für Minderjährige mit eigenem Einkommen oder der Beitrag für die berufliche Nutzung in einer privaten Wohnung (Arbeitszimmer) entfällt. Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, dass das neue Modell sowohl Zustimmung als auch Kritik erfahren wird.

Unter dem Strich entscheidend ist letztlich, ob es hierzu bessere Alternativen gegeben hätte. Mir ist jedenfalls kein solches Modell bekannt, das sowohl den verfassungsrechtlichen Vorgaben genügt als auch die notwendige Finanzierungssicherheit langfristig sicherstellt.

Die vorgelegten Eckpunkte regeln nun noch nicht jedes Detail. Dies wird dann der endgültige Entwurf für den Rundfunkänderungsstaatsvertrag präzisieren. In der Anlage übersende ich Ihnen die beschlossenen Eckpunkte zur näheren Information.

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist von besonderer Bedeutung, dass die einkommensabhängigen Befreiungstatbestände im privaten Bereich unverändert bleiben sollen. Für bestimmte „Härtefälle“ werden zusätzliche Befreiungsmöglichkeiten vorgesehen. Hervorheben möchte ich zudem, dass auch die Kontrollintensität der GEZ erheblich reduziert wird. Das Betreten der Wohnung ist nicht mehr erforderlich, weil nicht mehr überprüft werden muss, ob und wo ein Gerät bereitgehalten wird. Gleichzeitig können sich nicht wie bisher einseitig „Schwarzseher“ vor ihrer Beitragspflicht zu Lasten der Allgemeinheit drücken, so dass insgesamt mehr Gerechtigkeit geschaffen wird.

Vor allem aber wird die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf eine zeitgemäße und zukunftssichere Grundlage gestellt. Gerade auch im weltweiten Vergleich kann man feststellen, dass die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten einen unverzichtbaren Beitrag für Qualitätsjournalismus, pluralistische Meinungsbildung sowie Vielfalt und damit für unser demokratisches Gemeinwesen leisten. Auch von daher ist es wichtig, ein Beitragssystem zu schaffen, das am Ende die größtmögliche Akzeptanz in der Bevölkerung erfährt.

Vor diesem Hintergrund ist es sehr zu begrüßen, dass sich die Länderchefs auf ein tragfähiges Modell einigen konnten.

## NASA-Delegation im Bundestag empfangen

### Martin Dörmann sprach mit der Vize-NASA-Chefin Lori Garver

Als Vertreter der Parlamentsgruppe Luft- und Raumfahrt traf **Martin Dörmann** mit der stellv. Administratorin der US-Weltraumagentur NASA, **Lori Garver** am 9. Juni zu einem Arbeitssessen zusammen. Der Gast aus den Vereinigten Staaten weilte auf der Internationalen Luft- und Raumfahrttausstellung (ILA) Anfang Juni in Berlin und machte einen Abstecher in den Reichstag.

Beide Seiten hoben die gute Zusammenarbeit zwischen den USA und Deutschland hervor. In dem Gespräch ging es insbesondere um die Bedeutung der Raumfahrt für die Technologieentwicklung der beiden Länder sowie gemeinsame Projekte. An dem Treffen nahmen auch Vertreter des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) teil, das seinen Sitz in Köln-Porz und damit im Wahlkreis von Martin Dörmann hat.



**Martin Dörmann mit Lori Garver sowie weiteren Vertretern von NASA und DLR**

### Hilfe aus einer Hand wird fortgeführt

Nach monatelanger Blockade von CDU und CSU und nachdem Arbeitsministerin von der Leyen mit einem Gesetzentwurf, der die Auflösung der Jobcenter vorsah, am Widerstand der Länder gescheitert ist, bestand großer Handlungsdruck, damit die ARGEen Rechtssicherheit bekommen und die Vermittlung aus einer Hand gesichert bleibt. Die SPD hat deshalb mit der Koalition einen Kompromiss zur Absicherung der Jobcenter verhandelt, der sehr nah an ihren ursprünglichen Forderungen liegt.

Die entsprechenden Gesetzentwürfe zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91e) sowie zur Weiterentwicklung der Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende wurden am 17. Juni in abschließender Lesung im Bundestag verabschiedet. Der Bundesrat hat der Grundgesetzänderung am 9. Juli zugestimmt.

### Hilfe aus einer Hand wird weitergeführt

Die gesetzliche Neuregelung ermöglicht es, dass die Hilfe aus einer Hand für Langzeitarbeitslose erfolgreich weitergeführt werden kann. Gegen den Willen von Schwarz-Gelb, die in ihrer Koalitionsvereinbarung die getrennte Aufgabenwahrnehmung vorgesehen hatten, können die ARGEen jetzt grundgesetzlich abgesichert und als gemeinsame Einrichtung zwischen Kommune und Agentur für Arbeit weitergeführt werden.

Das neue Jobcenter ist künftig der Regelfall zur Betreuung von Arbeitsuchenden. Die derzeit bestehenden 69 Optionskommunen, die die Betreuung in eigener Regie wahrnehmen, werden entfristet. Zudem sollen in begrenztem Umfang weitere Optionen ermöglicht werden. Insgesamt soll die kommunale Trägerschaft nicht mehr als 25 Prozent der Aufgabenträger im Bundesgebiet umfassen (inkl. der bestehenden 69 also insgesamt 110 Optionskommunen).

Wir konnten damit auch verhindern, dass durch die völlige Freigabe der Option der Bund aus der Verantwortung für die Arbeitsuchenden herausgenommen wird. Bund und Kommunen haben auch weiterhin ein gemeinsames Interesse daran, Arbeitsuchende in Arbeit zu integrieren. Die Steuerung erfolgt über Fach- und Rechtsaufsicht sowie Zielvereinbarungen. Eine Fachaufsicht wird es über die Optionskommunen nicht geben. Hier gelten allerdings eine Rechtsaufsicht und die Steuerung über Zielvereinbarungen mit Controlling und Benchmarking. Es existiert eine umfangreiche Finanzkontrolle.

### Verbesserter Betreuungsschlüssel

Der Betreuungsschlüssel in den Jobcentern wird weiter verbessert. Dies gilt auch für die Optionskommunen. Hier konnten wir uns mit einem wichtigen Anliegen durchsetzen. Die entsprechende Betreuungsrelation wird gesetzlich verankert. Als

Festlegung für den Schlüssel sind vorgesehen: Ein Arbeitsvermittler für 75 erwerbsfähige Hilfebedürftige unter 25 Jahren und ein Arbeitsvermittler für 150 Hilfebedürftige, die das 25. Lebensjahr vollendet haben. Diese gesetzliche Festlegung stärkt die individuelle Betreuung und verbessert die Chancen von Arbeitsuchenden, wieder in Arbeit zu kommen.

Mit einem Änderungsantrag wurden gegenüber dem ursprünglichen Gesetzentwurf noch zwei Punkte geändert. Zum einen soll das letzte Wort bei der Feststellung der Erwerbsfähigkeit eines Hilfebedürftigen nun nicht mehr der Medizinische Dienst der Krankenkassen haben, sondern die Rentenversicherung. Zum anderen wurden Übergangsfristen verändert.

Leistungsträger, die bisher ihre Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitsuchende getrennt wahrnehmen, also nicht in Arbeitsgemeinschaften zwischen Kommunen und Bundesagentur für Arbeit (ARGEen), haben nun bis 31.12.2011 Zeit, sich zu entscheiden, ob sie sich in ARGEen umwandeln wollen oder in sogenannten Optionskommunen, also kommunale Träger, die Langzeitarbeitslose in Eigenregie betreuen. Darüber hinaus soll der Begriff „Jobcenter“ künftig für alle Träger der Grundsicherung, auch die Optionskommunen, verwendet werden.

### Gemeinsamer Entschließungsantrag

Zusätzlich haben wir, gemeinsam mit den Fraktionen der CDU/CSU und FDP einen Entschließungsantrag (Drs. 17/2192) eingebracht, mit dem wir feststellen:

- dass sich die gemeinsame Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende durch die der Bundesagentur für Arbeit zugehörigen örtlichen Agenturen für Arbeit und die jeweils zuständigen kommunalen Trägern grundsätzlich bewährt hat. Die Zusammenarbeit von Arbeitsagenturen und Kommunen gewährleistet, dass die erwerbsfähigen Hilfebedürftigen aus einer Hand betreut werden und Leistungen aus einer Hand erhalten.
- dass die gemeinsame Durchführung daher als Regelfall fortgesetzt werden soll. Daneben sollen die bisher in einer Experimentierklausel im SGB II geregelten Zulassungen von einzelnen Kommunen zur alleinigen Aufgabenwahrnehmung verstetigt und die Grundsicherung für Arbeitsuchende von einer begrenzten Anzahl von Gemeinden und Gemeindeverbänden auf ihren Antrag und mit Zustimmung der obersten Landesbehörde auch künftig allein wahrgenommen werden können.
- dass die Zahl der Optionskommunen bezogen auf die bestehende Gesamtzahl der Aufgabenträger im Bundesgebiet bis zu einem Viertel betragen kann.



## Portraitsammlung über SPD-Persönlichkeiten



Auf der Homepage [www.martin-doermann.de](http://www.martin-doermann.de) sind frühere Portraits in einer Sonderausgabe abrufbar (Startseite).

## Vorgestellt: Matthias Machnig

### Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie des Landes Thüringen

## Biografie

geboren am 15. April 1960 in Wimbern (Nordrhein-Westfalen),

2 Kinder

**1979:** Abitur am Walram-Gymnasium in Menden (Sauerland)

**bis 1989:** Studium der Soziologie, Geschichte, Anglistik und Erziehungswissenschaften in Wuppertal und Münster

**1989 – 1992:** Referententätigkeiten

**1992 – 1995:** Leitung des Büros des Bundesgeschäftsführers der SPD

**1995 – 1998:** Leiter des Büros des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales

des Landes Nordrhein-Westfalen

**1998 – 1999:** Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

**1999 – 2002:** Bundesgeschäftsführer der SPD

**2002 – 2005:** Unternehmensberater, unter anderem bei Booz Allen Hamilton

**2005 – 2009:** Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

**seit 4.11.2009:** Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie des Landes Thüringen



## 10 persönliche Fragen an Matthias Machnig

### 1. Welche politischen Vorbilder haben Sie?

Jaques Lucien Jean Delors, weil er ein großer Europäer mit hohem ökonomischen Sachverstand ist. Wir brauchen in Europa mehr Delors und weniger Baroso.

### 2. Wen würden Sie gerne einmal treffen?

Nelson Mandela, weil er uns lehrt, dass es sich auch unter widrigsten Umständen lohnt, fest an seine Ziele zu glauben und keinen Millimeter von seinen Idealen abzuweichen.

### 3. Ihre liebsten Urlaubsziele?

überall dort, wo es Sonne, gutes Essen und vor allem Zeit für Bücher gibt

### 4. Ihre Leidenschaften?

Lesen, Fußball, Kochen, Diskutieren

### 5. Ihr politisches Leitmotiv?

Nur eine Gesellschaft die Fortschritt und Gerechtigkeit miteinander verbindet, ist ökonomisch, sozial und gesellschaftspolitisch eine Gesellschaft mit Zukunft und Lebensqualität.

### 6. Ihr Lieblingsfilm?

Wag the Dog (Regie Barry Levinson), Das weiße Band-Eine deutsche Kindergeschichte (Regie Michael Haneke)

### 7. Ihre Lieblingsmusik bzw. Lieblingssänger?

Van Morrison

### 8. Wen oder was nehmen Sie mit auf eine einsame Insel?

Meine Frau; eine Kiste mit den Büchern, die ich im letzten Jahr gekauft und noch nicht gelesen habe; ausreichend Tabak

### 9. Ihre Lieblingsbücher?

Theodor W. Adorno „Dialektik der Aufklärung“, Joachim Raschke „Politische Strategie: Eine Grundlegung“, Roberto Bolaño „2666“

### 10. Über wen lachen Sie am liebsten?

Über mich selbst!

## Aufgabenschwerpunkte: Wirtschaft und Medien

- Seit 2002 direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Köln I

### Funktionen und Mitgliedschaften im Deutschen Bundestag

- Medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
- Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie
- Mitglied in der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“
- Stellv. Vorsitzender der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien
- Mitglied im Unterausschuss „Neue Medien“
- Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Vorstand der NRW-Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion
- Berichterstatler der SPD-Fraktion für Telekommunikation und Raumfahrt

### Sonstige Funktionen

- Mitglied im Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Regulierungsbehörde)
- Mitglied der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand / Koordinator für den Gesprächskreis „Digitale Infrastruktur“

## Die Büros in Berlin und Köln

### Abgeordnetenbüro Berlin

Martin Dörmann, MdB  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

#### Besucheradresse:

Konrad-Adenauer-Straße 1,  
Paul-Löbe-Haus, Raum 7.340  
Tel.: 030 / 227 734 18  
Fax: 030 / 227 763 48  
martin.doermann@bundestag.de

#### Mitarbeiterteam

Stefan Stader (Büroleiter),  
Dr. Marc Drögemöller,  
Anja Möbus, Jens Zimmer

#### Öffnungszeiten

Sitzungswochen  
Mo.– Fr.: 8:30 bis 19 Uhr  
Sitzungsfreie Wochen  
Mo.– Do.: 9 bis 18 Uhr  
Fr.: 9 bis 17 Uhr

### Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro – Gemeinschaftsbüro mit Jochen Ott, MdL)

Hauptstraße 327  
51143 Köln (Porz)  
Tel.: 02203 / 521 44  
Fax: 02203 / 510 44  
martin.doermann@wk.bundestag.de

#### Mitarbeiterteam von Martin Dörmann

Tim Cremer, Esther Frenzel, Assen  
Kochev, Ralf Steinmeier (Webmaster)

#### Öffnungszeiten

Fr.: 10 bis 18 Uhr

### Bürgerbüro Kalk (Gemeinschaftsbüro mit Stephan Gatter, MdL)

Kalker Hauptstraße 212  
51103 Köln (Kalk)  
Tel.: 0221 / 870 43 02

#### Mitarbeiter von Stephan Gatter

Marco Pagano

#### Öffnungszeiten

Mo., Mi.: 9 bis 12 Uhr  
Do.: 14 bis 17 Uhr  
Fr.: 12 bis 15 Uhr

### Bürgerbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18b  
50672 Köln (Innenstadt)  
Tel.: 0221 / 169 195 77  
Fax: 0221 / 169 195 79  
koelner-spd-mdb@netcologne.de

#### Mitarbeiterin

Renate Dinkelbach

#### Öffnungszeiten

Mo.– Do.: 9 bis 18 Uhr  
Fr.: 9 bis 15 Uhr

## Sitzungswochen des Deutschen Bundestages 2010

Die 3., 4., 6., 8., 9., 11., 12., 16., 18., 20., 23., 24., 26., 27., 37., 39., 40., 43., 45., 47., 48. und 50. KW sind Sitzungswochen. Eine Übersicht ist abrufbar unter:

[www.bundestag.de/parlament/plenargeschehen/sitzungskalender/index.html](http://www.bundestag.de/parlament/plenargeschehen/sitzungskalender/index.html)

## IMPRESSUM

### BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis  
Köln I (Porz, Kalk, nördliche  
Innenstadt)

#### HERAUSGEBER

Martin Dörmann, MdB,  
Deutscher Bundestag,  
Platz der Republik 1,  
10111 Berlin

#### REDAKTION

Martin Dörmann (verantw.),  
Anja Möbus

#### BILDNACHWEIS

Büro Dörmann (S.1,2,3,4, 5  
oben,10), Büro Machnig (S.5,17),  
PIXELIO (S.7), Deutscher Bundestag  
(S.15), FES (S.5), NRWSPD (S.6)

#### ERSCHEINUNGSWEISE

Die Berlin Depesche erscheint etwa 6  
mal im Jahr. Sie wird auf der  
Homepage eingestellt sowie per eMail  
an einen besonderen Verteiler  
versendet.

#### E-MAIL VERTEILER

Wer in den eMail-Verteiler aufge-  
nommen werden möchte, sendet eine  
Nachricht an:

[martin.doermann@bundestag.de](mailto:martin.doermann@bundestag.de)

(Mitglieder bitte mit Angabe des  
Ortsvereins)

#### FRÜHERE AUSGABEN

Frühere Ausgaben sowie Themen-  
Sonderausgaben sind auf der Ho-  
mepage eingestellt.

#### HOMEPAGE

[www.martin-doermann.de](http://www.martin-doermann.de)

